

Stimmen aus der Politik

Interviews: Tanja Aebli, France Santi und Aline Andrey / Bilder: Mirei Lehmann

Viele Persönlichkeiten aus der Politik haben sich für die Petition "Berufsbildung für alle" engagiert. Nachfolgend erläutern fünf von insgesamt 21 Mitgliedern des Patronatskomitee ihre Beweggründe.



Die Petition wird am 12. September übergeben.



Christophe Darbellay
Nationalrat und
Präsident der CVP
Schweiz

Was halten Sie von den Plänen des Bundesamtes für Sozialversicherung?

Es ist unhaltbar und ethisch nicht vertretbar, für junge Menschen mit Beeinträchtigung den Zugang zur Berufsbildung zu erschweren. Ihnen steht wie allen andern auch ein Recht auf eine Ausbildung zu. So erhalten sie eine Perspektive: Sie können sich entwickeln, einer abwechslungsreichen Arbeit nachgehen und ihrem Leben einen Sinn geben. Einigen gelingt es vielleicht auch, von einer geschützten Werkstatt in den "normalen" Arbeitsmarkt überzutreten.

Ich habe einen Freund mit Behinderung, der Reinigungsarbeiten in einem Spital ausführt, er ist glücklich und zufrieden. Er fühlt sich nützlich und ist es auch. Solche Personen nun auszuschliessen, halte ich für verwerflich. Was wird aus diesen jungen Menschen? Derartige Marginalisierungen machen mir Angst.

Welchen Stellenwert hat die Ausbildung für geschützte Werkstätten?

Die Qualität der geschützten Werkstätten hängt mit der Qualität der Arbeit ihrer Angestellten und damit auch mit einer guten Ausbildung zusammen. Diese sozialen Unternehmen stehen in einer Konkurrenz mit dem übrigen Markt. Ihnen wird nichts geschenkt. Sie müssen sich auch gegenüber von Produkten behaupten, die am anderen Ende der Welt hergestellt werden. Im Wallis vergeben viele Unternehmen Aufträge an geschützte Werkstätten, weil sie in erster Linie für ihre Qualität geschätzt werden, aber auch aus wohlthätigen Überlegungen. Diese Ateliers spielen in der Schweizer Wirtschaft eine wichtige Rolle. Diesbezüglich müsste einmal eine Studie erstellt werden. Diese Petition ist wichtig und ich hoffe, dass das BSV und Bundesrat Burkhalter diese dringliche Botschaft hören. **aa**



**Marie-Thérèse
Weber-Gobet**
Nationalrätin,
Christlich-soziale
Partei (CSP)

Wieso sympathisieren Sie mit dem Anliegen der Petition?

Allen Jugendlichen muss das Recht auf eine ihren Fähigkeiten angepasste Berufsausbildung zugestanden werden, unabhängig davon, ob dies im Rahmen des Berufsbildungsgesetzes oder der Möglichkeiten, wie sie die IV anbietet, geschieht. Dank ihr können junge Menschen ihre Persönlichkeit entfalten, mehr Sozialkompetenzen erwerben, sich besser in die Gesellschaft integrieren und vielleicht einmal wirtschaftlich unabhängig werden. Der Aspekt der Wirtschaftlichkeit darf gerade bei Menschen mit Beeinträchtigung nicht im Vordergrund stehen. Die anderen Bildungsziele spielen für diese Menschen eine ebenso wichtige, wenn nicht sogar die wichtigere Rolle auf dem Weg zu einem gelingenden Leben.

Welchen Stellenwert hat hierbei die IV-Anlehre?

Wir brauchen für Jugendliche, die mit dem Niveau einer normalen Berufsausbildung nicht mithalten können, Angebote wie die IV-Anlehre. Diese Ausbildung nun mit Sparmassnahmen zu schwächen, ist unangebracht. Ausserdem handelt es sich lediglich um eine Kostenverlagerung von der IV zu den Kantonen – mit höchst problematischen Folgen: Sonderschüler würden fortan je nach finanzieller Situation eines Kantons an einem Ort optimal, an einem andern Ort jedoch nur noch minimal gefördert.

Es gibt Stimmen, die fordern, Menschen mit einer Beeinträchtigung nur noch für die jeweilige Tätigkeit zu instruieren, die sie in einer Werkstatt ausführen.

Ich spreche mich in aller Deutlichkeit dagegen aus, dass Menschen mit einer Behinderung nur noch punktuell gefördert werden, denn – wie alle andern auch – sind sie fähig, sich in verschiedenen Bereichen zu entwickeln und Fortschritte zu machen. Es darf nicht sein, dass jemand nur noch dahingehend geschult wird, einfache Handgriffe auszuführen, die anderen Bildungsziele aber vernachlässigt oder ganz weggelassen werden. Wirtschaftlichkeit ist nicht alles, was im Leben zählt und dem Leben Sinn gibt. Menschen mit Beeinträchtigungen – das zeigt mir meine schwer behinderte Tochter Tag für Tag – sind für eine Gesellschaft wertvoll, auch wenn sie kein Einkommen generieren. Sie konfrontieren uns mit Werten, die in dieser Gesellschaft oft in Vergessenheit geraten, wie etwa der Verletzlichkeit des Lebens und der Tatsache, dass am Ende des Lebens nicht das Geld zählt, das man erwirtschaftet hat. Zeigen wir den Menschen mit Behinderung, dass sie ein wertvoller Teil unserer Gesellschaft sind und geben wir ihnen die Möglichkeit einer qualitativ guten zweijährigen Berufsbildung. **ta**



Ursula Haller
Nationalrätin,
Bürgerlich-Demokratische
Partei Schweiz
(BDP)

Welchen Stellenwert hat die Ausbildung in unserer Gesellschaft?

Ausbildung ist der Schlüssel zu einer sinnvollen Arbeit, die wiederum das Fundament für ein eigenständiges Leben darstellt. Arbeit hilft, ein soziales Beziehungsnetz zu pflegen und das Selbstwertgefühl eines Menschen zu steigern.

Die geschützten Werkstätten stehen unter starkem Konkurrenz- und Produktionsdruck. Wie gelangen diese Einrichtungen zu guten, motivierten Mitarbeitenden?

Ich habe die Erfahrung gemacht, dass die Gesellschaft durchaus bereit ist, für Dienstleistungen aus einer geschützten Werkstatt einen höheren Preis zu bezahlen. Allerdings muss dabei das Preis-/Leistungsverhältnis in etwa gewahrt werden. Um hier mit der Privatwirtschaft und ähnlich gelagerten Institutionen mithalten zu können, benötigen auch Menschen in einer geschützten Werkstatt Zugang zu einer ihren Fähigkeiten entsprechenden Ausbildung. Sie haben wie alle

andern auch Anspruch auf Bildung und dürfen nicht durch fragwürdige Sparmassnahmen der öffentlichen Hand bestraft werden. Auch soll ihnen in den geschützten Werkstätten eine möglichst breite Palette von Arbeiten und Berufen offen stehen.

Der Zugang zum ersten Arbeitsmarkt ist für Menschen mit geistiger Behinderung hürdenreich, doch es gibt immer wieder Erfolgsgeschichten. Wie schätzen Sie diese Entwicklung ein?

Ich würde es begrüssen, wenn sich in Zukunft möglichst viele öffentliche und private Betriebe an der Ausbildung von Menschen mit einer geistigen Behinderung beteiligen und diese nach der Ausbildung in ihren Betrieben auch weiter beschäftigen würden. Glücklicherweise gibt es immer mehr Erfolgsgeschichten, die zeigen, dass sich der Einsatz für eine Integration von behinderten Menschen in den Arbeitsmarkt "lohnt" – nicht aus finanzieller Sicht, sondern weil ein solches Engagement für Mitarbeitende und Betrieb äusserst wertvoll ist. **ta**



Thérèse Meyer-Kaelin
Nationalrätin CVP und
ehem. Mitglied des
Zentralsvorstandes
insieme Schweiz

Weshalb haben Sie die Petition "Berufsbildung für alle" unterzeichnet?

Ich empfinde es als unangebracht, dass nur noch jenen eine Ausbildung gewährt werden soll, die später einen bestimmten Lohn erwirtschaften. Dies ist kein geeigneter Weg, um die Qualität in der Ausbildung zu sichern.

Welche Ziele müssten Ihrer Ansicht nach bei einer Ausbildung verfolgt werden?

Die Berufsbildung sollte es Menschen mit Behinderung ermöglichen, sich zu integrieren und zu entfalten – gleich wie bei allen anderen Jugendlichen auch. Im besten Fall führt sie zu einer Anstellung im Arbeitsmarkt. Ansonsten muss sie Jugendliche befähigen,

eine Beschäftigung auszuüben, die Sinn macht, und bei der ein Resultat sichtbar ist. Meiner Meinung nach stellt die Arbeit in den Institutionen auch einen Beitrag an die Gemeinschaft dar.

Sie haben von Entfaltung gesprochen. Was meinen Sie damit?

Das Ziel einer qualitativ hochwertigen Berufsbildung muss es sein, die Kompetenzen eines Jugendlichen zu optimieren. Ein junger Mensch, der seine Talente entfalten, interessanten Aktivitäten nachgehen und Dinge herstellen kann, für die eine Kundschaft besteht, entwickelt auch ein besseres Selbstbewusstsein. Das ist eine Form von Entfaltung. Überdies wissen die Jugendlichen diese Zeit der Ausbildung meistens sehr zu schätzen. **fs**



Ruedi Strahm
Alt-Nationalrat (SP),
ehemaliger Preisüberwacher
und Präsident
Schweizerischer Verband
für Weiterbildung (SVEB)

Das Bundesamt für Sozialversicherung (BSV) will bei den IV-Anlehren 50 von 100 Millionen einsparen. Was halten Sie von dieser Massnahme?

Das ist kurzsichtig! Gerade für die Eingliederung in den Arbeitsmarkt ist eine berufliche Ausbildung unabdingbar, auch wenn sie kostspielig und mit massgeschneiderten Lösungen für jeden benachteiligten Menschen verbunden ist. Ausgerechnet bei der aktivierenden Sozialpolitik zu sparen widerspricht dem Geist der IV-Revision 6b, die ja gerade auf Prävention und Integration ausgerichtet ist.

Das BSV will die IV-Anlehre nur noch finanzieren, wenn die Ausbildung später rentenwirksam sein wird. Wie sinnvoll ist eine solche Koppelung ans Kriterium Wirtschaftlichkeit?

Wie können IV-Bürokraten und Beratungspersonen beurteilen, welche berufliche Ausbildung oder Nachholbildung sich dereinst auszahlen wird? Von "Bildungsrendite" zu sprechen ist in diesem Zusammenhang grober Unfug und zeigt, dass die Massnahmenplaner im BSV nicht sehr kompetent in Ausbildungsfragen sind.

Welche Möglichkeiten gibt es Ihres Erachtens, um die berufliche Integration von Menschen mit geistiger Behinderung stärker zu fördern?

Die Durchführung, Anerkennung und Zertifizierung von beruflichen Integrations- und Bildungsmaßnahmen muss in Zukunft meiner Meinung nach über das Weiterbildungsgesetz laufen. Damit sollen insbesondere auch speziellere und niederschwellige Berufsintegrationsmassnahmen zertifiziert und anerkannt werden. Das Gesetz steckt derzeit in der vorbereitenden Exper-

tenkommission. Diese wird bis Ende 2011 einen Entwurf für die öffentliche Vernehmlassung im Jahr 2012 vorlegen. Es ist wichtig, dass sich die Behindertenorganisationen zum entsprechenden Zeitpunkt auch äussern. **ta**



Die Liste aller Mitglieder des Patronatskomitees ist unter www.berufsbildung-für-alle.ch zu finden.